

Pressemitteilung

Berlin, 22. Juni 2021

Welche Abgabenhöhe auf den Strompreis führt zu einem Verlagerungsrisiko für energieintensive Unternehmen?

Ein Konsortium unter Leitung von E.CA Economics liefert der Europäischen Kommission eine ökonomische Studie für die EEAG-Revision

Eine neue Studie von E.CA Economics in Kooperation mit dem DIW Berlin weist auf ein bestehendes, aber begrenztes Verlagerungsrisiko aufgrund steigender Strompreise für strom- und außenhandelsintensive Unternehmen hin. Die Studie bietet wichtige Einblicke, wie sich Umweltabgaben auf die Rentabilität von Unternehmen in elf EU-Mitgliedsstaaten auswirken und welche Rolle Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen spielen. Auf Basis der Studie überarbeitet die Europäische Kommission die Leitlinien für Ausnahmen von Stromabgaben (EEAG).

Am 11. Juni 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission (GD Wettbewerb) den Entwurf der überarbeiteten Leitlinien für staatliche Beihilfen für Klima, Energie und Umwelt (CEEAG) zur Konsultation. Der Entwurf wurde auf Basis einer Studie entwickelt, die von einem Forschungskonsortium bestehend aus E.CA Economics, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), LEAR, der University of East Anglia und Sheppard Mullin durchgeführt wurde.

Die Studie unterstützt die Kommission bei der Aktualisierung der Leitlinien. Dies soll sicherstellen, dass sie zweckmäßig sind und die Umsetzung des europäischen Green Deal erleichtern. Berücksichtigt werden dabei die allgemeinen Modernisierungsziele für staatliche Beihilfen und die jüngsten regulatorischen Entwicklungen (insbesondere das Paket für saubere Energie, das Paket für saubere Mobilität und das Paket für Kreislaufwirtschaft).

E.CA Economics und das DIW Berlin zeichnen für eines der drei Hauptanliegen der Gesamtstudie verantwortlich, nämlich die Auswirkungen der EEAG auf energieintensive Unternehmen („EIUs“). Die Forscher*innen liefern der Europäischen Kommission eine Analyse der ökonomischen Parameter, die derzeit von den EEAG 2014 verwendet werden, um zu bestimmen, welche Wirtschaftszweige von Dekarbonisierungsabgaben für energieintensive Unternehmen befreit werden können, und bewerten, ob es sich dabei um die aus ökonomischer Sicht relevantesten Parameter für das Risiko einer Unternehmensverlagerung handelt. Zweitens ermittelt die Studie für eine Auswahl von zehn Wirtschaftszweigen das Ausmaß, in dem das Verlagerungsrisiko von EIUs - approximiert durch Rentabilität - durch unterschiedliche Niveaus von Erneuerbare-Energien- (EE) und Kraft-Wärme-Kopplungs-Abgaben (KWK) auf Strom beeinflusst wird.

Neben einem kritischen Literaturüberblick werden aufschlussreiche Statistiken zu EE- und KWK-Umlagen und Befreiungen von diesen für den Zeitraum von 2011 bis 2018 bereitgestellt. In Bezug auf einzelne Länder stellen die Autor*innen beispielsweise fest, dass Deutschland die höchsten und im Laufe der Zeit steigenden Umlagen hat. Unter Berücksichtigung der geltenden Ausnahmeregelungen lagen die effektiven Abgaben für EIUs in Deutschland jedoch im EU-Durchschnitt.

„Wir fanden eine tiefgreifende Heterogenität der Abgaben auf den Strompreis über Länder, Wirtschaftszweige und den Zeitverlauf. In Deutschland waren die Abgaben von allen Ländern am höchsten, was das Bestreben zeigt, von den Stromverbrauchern ein erhebliches Budget für erneuerbare Energien zu erheben“, sagt Ela Głowicka. „Allerdings erhielten energieintensive Unternehmen in Deutschland die größten Befreiungen von den Umlagen, was zeigt, dass die Politik bestrebt ist, gleiche Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen auf dem europäischen Markt zu schaffen.“

Basierend auf dem Vergleich verschiedener Szenarien bewertet die Studie schließlich die Konflikte zwischen den wichtigsten politischen Zielsetzungen: Maximierung des für den Green Deal verfügbaren Budgets, Minimierung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU und Minimierung des Risikos von Standortverlagerungen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Kompromisse zwischen diesen politischen Zielen am besten in denjenigen Szenarien zum Tragen kommen, in denen nur dann Ausnahmeregelungen gewährt werden, wenn die volle Abgabe ohne Befreiungen einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Ein solches Szenario würde eine Erhöhung des für den Green Deal verfügbaren Budgets ermöglichen und die derzeitigen großen Unterschiede zwischen den Abgaben in verschiedenen Ländern - also die Wettbewerbsverzerrungen - reduzieren. Darüber hinaus wäre es nach Einschätzung der Autor*innen unwahrscheinlich, dass es in den meisten Ländern und Wirtschaftszweigen zu großen Rentabilitätseinbußen kommt, was das Risiko einer Verlagerung begrenzt.

„Unsere Simulationen zeigen, dass Abgabensenkungen für energieintensive Unternehmen je nach Art des Eingriffs sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Profitabilität der Unternehmen und damit auf das Verlagerungsrisiko haben können“, sagt Anselm Mattes. „Deshalb sollten die politischen Entscheidungsträger bei der Ausgestaltung der Ermäßigungen sehr vorsichtig sein.“

Die Untersuchungen in diesem Teil der Gesamtstudie (Teilstudie 3) wurden von Hans W. Friederiszick, Ela Głowicka und Anselm Mattes, Jan Christopher Rönn und Arvid Viaene, alle E.CA Economics, sowie Tomaso Duso, Joanna Piechucka, und Jo Seldeslachts, vom DIW Berlin durchgeführt.

Die öffentliche Konsultation zu den überarbeiteten Klima-, Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien (CEEAG) endet am 2. August 2021.

Link zur Studie: https://ec.europa.eu/competition-policy/system/files/2021-06/kd0521173enn_EEAG_revision_2021_0.pdf

Weitere Infos und Dokumente zum CEEAG: https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-ceeag_en

Pressekontakt

Silke Laiblin, +49 30 21231-7074, laiblin@e-ca.com

Über E.CA Economics

E.CA Economics ist eines der führenden wettbewerbsökonomischen Beratungsunternehmen Europas, das Kanzleien, Unternehmen und Behörden in Fragen der Wettbewerbspolitik und Regulierung berät. Dazu gehören Arbeiten im Rahmen von Fusionen, Kartell- oder Beihilfeverfahren sowie ökonomische Analysen für Regulierungsverfahren und Studien zu wettbewerbspolitischen Fragen für internationale Organisationen. Unser internationales Team von über 40 Ökonominen und Ökonomen arbeitet in einer Vielzahl von Branchen und in zahlreichen europäischen Jurisdiktionen. Unsere Büros befinden sich in Berlin, Brüssel und München.

Wir schaffen einen wesentlichen Mehrwert für unsere Kunden, indem wir maßgeschneiderte Beratung anbieten, die auf robusten ökonomischen Analysen und gründlicher Forschung basiert. Als Partner der ESMT Berlin, einer der führenden Business Schools in Deutschland, kann E.CA Economics auf die neueste ökonomische Forschung zurückgreifen. Bei transatlantischen Fällen arbeiten wir mit unserer US-Partnerkanzlei zusammen, Bates White LLC. E.CA Economics wird seit 2008 im jährlichen Ranking der Global Competition Review unter den Top 21 Beratungsunternehmen für wettbewerbsökonomische Beratung aufgeführt.

www.e-ca.com